



Niederschrift

20. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Januar 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 4 der Tagesordnung: KI Innovationspark Baden-Württemberg; Teilnahme am Wettbewerbsverfahren des Landes

Vorlage: 2020/1464

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme der Stadt Karlsruhe am Wettbewerbsverfahren des Landes Baden-Württemberg zur Einrichtung eines Innovationsparks Künstliche Intelligenz im Rahmen einer Kooperation mit der Wirtschaftsregion Stuttgart und dem Neckar-Alb-Kreis zu. Der Gemeinderat stimmt grundsätzlich für den Fall eines Zuschlags zu, dass
 - a) die Stadt Karlsruhe für den Aufbau und Betrieb des Innovationsparks Künstliche Intelligenz Standort Karlsruhe zur Darstellung des finanziellen Eigenanteils Grundstücke auf dem Gelände des Technologieparks wie in Ziffer 5 aufgeführt bereitstellen wird.
 - b) eine städtische Tochtergesellschaft für den Aufbau und Betrieb des Innovationsparks Künstliche Intelligenz Standort Karlsruhe wie in Ziffer 7 dargestellt gegründet wird.
 - c) für den Aufbau und Betrieb des Innovationsparks Künstliche Intelligenz in Karlsruhe jährlich Sach-, Marketing- und Personalmittel wie in Ziffer 8 dargestellt zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Gemeinderat stimmt dem Beitritt zur Genossenschaft Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg eG als Voraussetzung zur Abgabe eines einheitlichen Angebots sowie den beschriebenen Finanzmitteln wie in Ziffer 6 dargestellt zu. Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss, die Anteile Genossenschaft Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg eG in Höhe von 25.000 € zu erwerben. Der Gemeinderat stimmt der Satzung der Genossenschaft Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg (Anlage), die der Gründungsversammlung der Genossenschaft zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, zu. Er ermächtigt die Verwaltung die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen Erklärungen abzugeben. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass Anpassungen nicht grundsätzlicher Art ohne weitere Gremienzustimmung vorgenommen

werden können. Der Gemeinderat empfiehlt der Gründungsversammlung der Genossenschaft Künstliche Intelligenz Innovationspark Baden-Württemberg eG Herrn Oberbürgermeister, Dr. Frank Mentrup zum Aufsichtsratsmitglied der Genossenschaft zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Enthaltungen einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Ich glaube, dass die Vorlage selbsterklärend ist. Wir haben es ja auch im Hauptausschuss lange diskutiert. Das Land Baden-Württemberg hat einen Wettbewerb ausgeschrieben. Wir wollen uns gemeinsam mit dem sogenannten Cyber-Valley und der Wirtschaftsregion Stuttgart daran beteiligen. Das Ganze kommt in einer Zeit, in der die vielen Firmen darüber nachdenken, ob sie sich nicht verkleinern. Insofern hat es zu diesem Zeitpunkt auch eine gewisse kritische Grundstimmung, ob es dann richtig ist, in neue Gebäude zu investieren. Wir machen Ihnen hier aber einen Vorschlag, diese notwendigen Flächen auf drei Standorte zu verteilen, sodass wir nur ein Drittel dieser Fläche zur Verfügung stellen müssen und damit natürlich auch nur ein Drittel der Gesamteigenbeteiligung von 47,5 Millionen Euro hier einbringen müssen, oder annähernd 50 Millionen Euro. Wir glauben, dass wir das wirtschaftlich so darstellen können, dass sich das am Ende durch die zusätzlichen Einnahmen, aber auch schon das Geschäft als solches, weitestgehend refinanziert. Und wir demonstrieren und unterstreichen damit, dass wir an strategischen Ausrichtungen unserer Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft mitwirken und auch sie voranbringen wollen, ähnlich wie wir das ja beim Alten Schlachthof oder bei anderen Gründerzentren schon gemacht haben. Und wir bringen damit natürlich auch die Stärken unseres Standortes in eine Diskussion ein, wo diese Stärken auch hingehören. Denn neben der Grundlagenforschung im KI ist die anwendungsorientierte Forschung im Raum Karlsruhe durchaus weltspitze und das sollte auch in Baden-Württemberg bei der Berücksichtigung eines solchen Standortes für einen KI-Park berücksichtigt werden.

Wir stellen auch fest, dass wir damit, glaube ich, wettbewerbsfähig bleiben um die Landeszuschüsse und es geht natürlich an einer bestimmten Stelle auch darum, dass durch einen anderen KI-Park an einer anderen Stelle nicht unbedingt dann noch eine gewisse Sogwirkung auf Spezialistinnen und Spezialisten aus unserer Region entsteht, sondern, dass wir hier versuchen, aus dem eigenen Bestand, der sich auch aus der Hochschule entwickelt, zusätzliche Anreize zu setzen, um in der Stadt und in der Region zu bleiben und mit einer sehr strategischen Entscheidung unseren Standort hier weiter zu entwickeln.

Wir haben, abweichend von dem, was wir Ihnen im Hauptausschuss dargestellt haben, jetzt zwischen den verschiedenen Partnern beschlossen, dass die Gründung der Genossenschaft als Dach der Antragstellung erst in der zweiten Antragsrunde vollzogen wird und nicht jetzt schon sehr kurzfristig in den nächsten Tagen, so wie wir es ursprünglich mal angedacht hatten. Das hat etwas mit den verschiedenen Abstimmungen in den Gemeinderäten von Stuttgart, Reutlingen und Tübingen zu tun. Und wir wollen an der Stelle lieber die Sache gründlich durch diese Gremien bringen. Dennoch geht natürlich vom heutigen Beschluss des Gemeinderats in Karlsruhe eine doch deutliche Signalwirkung schon mal aus.

Vorgesehen ist, dass die Genossenschaft, die das Ganze ja als Dach ein Stück weit überwölbt und auch bündelt, dass der Sitz der Genossenschaft jetzt in Stuttgart vorgesehen ist. Vorgesehen ist aber auch, dass der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe als Person der Aufsichtsratsvorsitzende in einem dreiköpfigen Aufsichtsrat der Genossenschaft ist. Wir werden natürlich dann auch sehen, dass in den entsprechenden anderen Gremien alle Gebietskörperschaften und immer in der richtigen Relation, nämlich gleichgewichtig, vertreten sind und Ihnen das auch immer wieder dann neu vortragen. Dabei will ich es jetzt mal bewenden lassen und darf Sie hier um Zustimmung bitten.

Es ist ein sehr ambitioniertes Unterfangen. Der Wettbewerb hat so seine eigenen Tücken und seine eigenen Verläufe, über die man gerne auch mal am Kamingespräch sich ein bisschen kopfschüttelnd Gedanken machen könnte. Aber nichtsdestotrotz sollten wir unseren Ring in den Hut werfen mit einer Konzeption, die wir für tragfähig einschätzen. Wir wären damit hoch attraktiv für Unternehmen, die im Bereich der angewandten KI einen Standort suchen oder einen Standort erweitern wollen und könnten damit auch unsere besondere Kompetenz gerade in diesen Bereichen noch mal international unterstreichen. Und ich sehe auch in der Bündelung mit den anderen Regionen eine große Chance, dass aus dieser Konkurrenz innerhalb von Baden-Württemberg ein gemeinsamer Auftritt national und vor allem auch international wird. Und das ist, glaube ich, etwas, was wir bisher viel zu wenig tun. Wir kämpfen zum einen in Baden-Württemberg manchmal um Fördermittel mit anderen Regionen und verpassen es dann manchmal im Außenauftritt, außerhalb von Baden-Württemberg und international, zusammen zu stehen und zu sagen, wir sind das Land, das alle diese Schwerpunkte hat und alle diese Standorte. Und ich glaube, dass es über den KI-Park dann an diesen drei Standorten hinaus auch ein gutes Signal sein kann, hier auch noch mal stärker in Zukunft auf anderen Bühnen in Abstimmung und auch als gemeinsame Verantwortung aufzutreten. Insofern geht da für mich auch noch mal ideell etwas über die eigentliche Gründung jetzt der Genossenschaft und der Teilnahme an diesem Wettbewerb hinaus.

Das als vielleicht kleiner Umriss, und jetzt gehen wir in die Debatte.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Derzeit vollzieht sich ein Strukturwandel in Deutschland. In 20 Jahren ist abzusehen, wird der Verbrennungsmotor nicht mehr das deutsche Exportprodukt Nummer 1 sein und wahrscheinlich auch in Deutschland nicht mehr soweit nachgefragt werden, und das ist ja auch gut so.

Stattdessen brauchen wir neue Branchen, brauchen wir neue Felder, wo unsere deutsche Wirtschaft sich zukunftssträchtig aufbauen kann. Und eins der erfolgreichsten Felder und am vielversprechendsten Felder ist natürlich die Künstliche Intelligenz. Und da sind wir in Karlsruhe ja auch schon sehr gut dabei. Sowohl in der Wirtschaft haben wir schon gute Unternehmen, die sich damit beschäftigen, als auch in der Forschung. Ich selbst arbeite auch mit künstlicher Intelligenz in meinem Forschungsprojekt und kenne sehr, sehr viele, sehr motivierte junge Menschen, die da später dann auch in der freien Wirtschaft arbeiten wollen.

Ja genau. Deswegen brauchen wir natürlich auch den Wissenstransfer. Hin von der Wissenschaft zu den anwendungsbezogenen Branchen, und dafür ist so ein Innovationspark in Karlsruhe natürlich eine riesige Chance. Wir freuen uns sehr, dass das Land Baden-Württemberg hier jetzt eben auch mit 50 Millionen Euro ein solches Projekt fördern würde, und wir begrüßen es

sehr, dass die Stadt Karlsruhe da direkt auch mit einsteigen möchte. Wir haben da sehr gute Partner an unserer Hand. Also die Region Neckar-Alb, Cyber Valley in Tübingen und natürlich auch die Wirtschaftsregion Stuttgart. Da sind wir so gut aufgestellt, dass wir glauben, an uns führt vielleicht auch gar kein Weg vorbei, jetzt, wenn es bei der höheren Auswahl für diesen Wettbewerb geht. Wir erhoffen uns da natürlich einen Zuschlag.

In dem Rahmen möchten wir natürlich noch mal allen Beteiligten in Karlsruhe danken, die sich da so schnell und engagiert mit eingestürzt haben, um eine gute Projektskizze zu entwickeln. Das ist ja auch sehr bemerkenswert. So etwas funktioniert ja in der Regel nicht von heute auf morgen, zeigt aber, wie gut Karlsruhe in dem Bereich auch schon vernetzt ist und wie hoch tatsächlich die Motivation ist.

Ja, wir freuen uns, dass die Stadt Karlsruhe hier vor allen Dingen auch mit Flächen aus dem Technologiepark ins Rennen geht, was wir grundsätzlich für einen guten Standort halten. Und natürlich auch schon mal die Weitsicht, die jetzt gerade der Oberbürgermeister noch angesprochen hat. Es lässt sich durch Corona natürlich nicht sagen, wie hoch ist tatsächlich der Bedarf an Büroflächen in der kommenden Zeit und deswegen will die Stadt Karlsruhe dann ja auch nur bedarfsgerecht bebauen.

Insgesamt ziehen wir das Fazit, wir sehen viele Chancen in diesem Projekt und wir sehen nur geringe Risiken. Deswegen sind wir als GRÜNE-Fraktion natürlich voll dabei, bei diesem Projekt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wenn dieser Wettbewerb, man muss sich auch mal in so eine Hoffnung hineinbegeben, tatsächlich erfolversprechend ausgehen würde, dann wäre das natürlich nicht nur für die Region hier, sondern für ganz Baden-Württemberg ein richtig tolles Ergebnis. Das ist ein ganz großes Kino, in dem wir da jetzt gerade mitspielen und Wettbewerb betreiben. Ich bin absolut der Überzeugung, nur wer kämpft, nur wer solche Wettbewerbe angeht und die anderen Wettbewerber sozusagen in den Blick nimmt, der wird auch selber seine Position untermauern und verstärken. Also, man kann gar nicht verlieren, wie wohl ich Karlsruhe natürlich wünschen würde, dass dieses gelingen kann. Es geht, ich muss es mal wiederholen, es geht um Wohlstand bewahren für diese Stadt und Arbeitsplätze schaffen. Das ist manchem vielleicht gar nicht so lieb. Aber wir, die CDU-Fraktion unterstreicht das und wir sind um jeden Arbeitsplatz dankbar, der den Wohlstand, die Zukunft dieser Stadt langfristig sicherstellt. Deshalb, viel Erfolg!

Was natürlich von Ihnen, Herr Oberbürgermeister zu Recht angeschnitten ist, es ist ja eine riesige Kooperation wichtiger Wirtschaftsbereiche dieses Landes. Und das ist einmalig, bisher jedenfalls, erstmalig, wenn da noch die genannten Wirtschaftsbereiche zusammenkämen, dann wäre endlich mal wirklich ein ganz, ganz starkes Konglomerat zusammengeführt. Und wir würden eben gemeinsam einen Innovationspark bilden, und das würde nicht nur Karlsruhe, sondern auch dieses Land stärker machen. Also, ich kann nur werben dafür, dass man uns den Zuschlag erteilt und wir, die CDU-Fraktion, unterstützen da alle Bemühungen. Es ist bereits gesagt, wir haben hier eine Entwicklerszene, wir haben hier eine Unternehmerszene, die genau für dieses Projekt passt und wir haben auch die nötigen Köpfe, die im KI etwas zu sagen haben. Und das ist fast eine der wichtigsten Botschaften, die Sie gegeben haben. Wir müssen um diese Köpfe weiterhin kämpfen, dass sie hier bei uns wirken und nicht etwa in andere Zonen abwandern müssen.

Also, die CDU steht voll und ganz hinter diesem guten Projekt und es wäre wirklich schön, wenn wir da einsteigen könnten.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Dr. Huber, ich darf die Gelegenheit nutzen, auch noch mal zur Promotion zu gratulieren und Ihnen dadurch deutlich machen, er hat jetzt einen Doktor, deswegen taucht er auch auf der Liste so auf und deswegen wird er jetzt auch so aufgerufen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ja, ganz herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister und lieben Kolleginnen und Kollegen. Auch meine Doktorarbeit, erstaunlicherweise, hatte mit Künstlicher Intelligenz zu tun, zumindest meine Techniken, die ich da verwendet habe.

Ja, Künstliche Intelligenz ist ein Begriff, der in den 90er Jahren und wahrscheinlich auch noch weit darüber hinaus erst mal ganz vielen Menschen Angst gemacht hat, weil man sich unter Künstlicher Intelligenz immer auch so ein bisschen die Verluste der Kontrolle über die Maschine vorstellt. Heutzutage hat sich das natürlich gewandelt, denn jeder von uns nutzt nahezu jeden Tag Techniken, die auf Künstlicher Intelligenz beruhen.

Im Vergleich zu unseren internationalen Handelspartnern müssen wir, was die Technologieforschung angeht, sicherlich keine Angst vor der Zukunft haben. Was uns in Deutschland und vor allem in Baden-Württemberg allerdings ab und zu fehlt, das ist die Vernetzung zwischen Forschung und Entwicklung auf der einen Seite und zwischen Wirtschaft und Produktion auf der anderen Seite. Und solche Projekte, wie der KI-Innovationspark, sind deswegen ganz, ganz wichtig für uns als Stadt. Es wurde ja jetzt schon mehrfach gut ausgeführt, aber deswegen auch für unser Land. Der Oberbürgermeister hat es vorhin gesagt, wir als Karlsruhe sind eine Technologiestadt mit langer Tradition. Wir sind und das können wir, glaube ich, mit Fug und Recht behaupten, auch eines der europäischen Oberzentren, wenn es um IT geht, wenn es um Künstliche Intelligenz im Speziellen geht. Deswegen begrüßen wir als SPD-Fraktion selbstverständlich die Teilnahme am Wettbewerb und unterstützen sie auch nachdrücklich. Und auch im Besonderen die Kooperation mit anderen Technologieregionen sehen wir als sehr positiv und für die Zukunft auch sicherlich als eines der wichtigen Erfolgsrezepte.

Ganz ein wenig ärgern wir uns trotzdem über den hohen Zeitdruck, der jetzt hier aufgebaut wird. Nicht von Seiten der Verwaltung, sondern seitens der Landesregierung. Man könnte spöttisch, wenn jetzt nicht unbedingt Landtagswahlkampf wäre, sagen, dass das Landeswirtschaftsministerium möglicherweise etwas lang gebraucht hat, um dieses Potenzial der Künstlichen Intelligenz zu begreifen und deswegen jetzt sehr spät noch mal auf die Tube drückt und das Ganze ein bisschen voran schubst und uns natürlich hier vor Ort deswegen auch unter etwas unnötigen Druck setzt. Der Druck ist deswegen unnötig, weil wir eigentlich - und so steht es ja glaube ich auch, im Konzept drin - jetzt schon gerne Kooperationspartner aus der Wirtschaft hätten, was natürlich aber in der Kürze der Zeit sicherlich nicht möglich ist.

Deswegen möchte ich meinen Redebeitrag mit einem Dank enden lassen, und zwar denjenigen, die jetzt eben in dieser sehr kurzen Zeit, quasi über Weihnachten und über Neujahr, es geschafft haben, dieses umfassende Konzept für Karlsruhe zu erstellen und das dann auch noch in eine so aussagekräftige Vorlage zu gießen, sodass wir hier heute bestens informiert einen positiven Beschluss fassen können, herzlichen Dank.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Frau Wirtschaftsbürgermeisterin Luczak-Schwarz, ich bin begeistert. Wir sind als FDP-Fraktion begeistert. Ein Innovationspark auf der Basis von Künstlicher Intelligenz kann eine sehr positive Entwicklung für unsere Technologieregion Karlsruhe bedeuten. Unser Technologiepark ist der richtige Ort und eine Bündelung von Forschung, Unternehmen, und besonders der Mittelstand kann uns viele schöne Energieeffekte bringen. Eine offene Genossenschaft mit Anschlussmöglichkeiten für weitere Partner ist bestimmt ein gutes Modell.

Finanziell übersteigen die Zukunftsaussichten bestimmt den Einsatz, auch in Corona-Zeiten. Also, Begeisterung, aber auch eine Warnung. Forschung und Wirtschaft entfalten sich in Freiheit. Wir haben hier im Gemeinderat mehrere Doktoren, Gratulation an den neuesten Doktor, Anton Huber. In Forschung und Wissenschaft arbeitet man mit zwei Begriffen, nämlich Grundsatzforschung und angewandte Forschung. International spricht man über Basic Science und Applied Science. Falls man eine bestimmte Richtung für eine Forschung verlangt, begrenzt man gleichzeitig die freie Entfaltung. Es ist ein bisschen wie in der Wirtschaft. Der Unterschied zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Wissenschaft und Wirtschaft entwickeln sich nicht linear, sondern sprunghaft. Und Wissenschaft und Wirtschaft sind nicht national, sondern international.

Deshalb hoffe ich, dass unser Innovationspark wirklich in der ganzen Konstruktion nicht in einem Zwangskorsett eingesperrt wird. Innovation muss sich frei und international in der Zukunft entfalten. Falls der Innovationspark diese Freiheit bekommt, dann könnte unsere Entscheidung heute ein Sprung in die Zukunft werden.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion, die Karlsruher Liste, wird heute dieser Vorlage zustimmen. Nämlich der Vorlage, dass wir an diesem Wettbewerbsverfahren teilnehmen.

Das heißt ja noch lange nicht, dass wir den Zuschlag bekommen, obwohl ich denke, die Konstellation in diesen Kooperationen in beiden Landesteilen von Baden und von Württemberg ist erst mal der richtige Weg und gibt uns natürlich doch größere Chancen, so wie meine Fraktion das auch einschätzt.

Worum wir bitten, Herr Oberbürgermeister, wenn der Prozess ins Laufen kommt, wenn klar ist, wohin es letztendlich dann gehen wird, dass wir dann doch noch mal, vielleicht im Hauptausschuss, in einer kurzen prägnanten Vorlage aufgezeigt bekommen von Ihrer Seite, wie die Chancen und die Risiken sind. Wenn wir dann diesen Weg gehen werden, hoffe ich, dass wir das schaffen. Das wäre heute unsere Bitte, dass wir da dann weiter auch immer informiert werden und auch über Dinge, die sich vielleicht nicht so optimal entwickeln, wie wir es heute hoffen. Das wäre unser Anliegen. Aber sonst Zustimmung heute.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zu Beginn muss ich Frau Mayer von den GRÜNEN widersprechen. Es ist keineswegs gut, dass der Verbrennungsmotor als deutsches Exportprodukt abgelöst wird. Saubere Dieselmotoren sind ökologisch deutlich sinnvoller als Elektroautos, das ist inzwischen klar. Und deren Entwicklung hat hier in Baden-Württemberg stattgefunden. Und deren Produktion genauso. Und an der Stelle sieht man wieder, dass Sie eigentlich die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg bremsen wollen und keineswegs voranbringen.

Man braucht Künstliche Intelligenz für angewandte Forschung. Man braucht sie für die Fertigung von Produkten, auch für den Automobilsektor. Und deswegen ist es gut, dass wir in dieser Region sehr viele Betriebe haben, die bei der Fertigung von Automobilen und Autoteilen involviert sind, und das ist ein Grund, warum dieses Projekt hier in Karlsruhe gut angesiedelt ist.

Wenn man mal auf die Kosten schaut, in einer Stadt, in der wir, wie wir seit den Haushaltsberatungen wissen, nur noch sehr wenig Geld frei zur Verfügung haben, und sieht, dass hier 60 Millionen investiert werden müssen vonseiten der Stadt und wenn man sieht, dass jährliche Kosten dazukommen, dann war es für uns wichtig zu erfahren, vom Oberbürgermeister, dass diese 60 Millionen dadurch reduziert werden, dass die Grundstücke von Seiten der Stadt beigesteuert werden können und dass der Wert dieser Grundstücke auf diese Summe angerechnet wird. Das heißt, wir müssen keineswegs 60 Millionen Euro an Geld zahlen. Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Denn für uns als Alternative für Deutschland, stand natürlich im Vordergrund, ob sich dieses Geld, was wir als Stadt ausgeben müssen, wirklich rentiert. Ob nicht vielleicht auch ohne diese Investitionen die zusätzlichen Arbeitsplätze im Technikbereich entstehen, einfach dadurch, dass es bereits so viel technische Unternehmen, technisch affine Unternehmen und so viel Grundlagenforschung hier in unserer Stadt gibt.

Wir haben darüber diskutiert, und am Ende hat uns auch die Argumentation des Oberbürgermeisters überzeugt, der sagt, durch die zusätzliche Förderung der Künstlichen Intelligenz würden deutlich mehr Arbeitsplätze hier in unserer Region angesiedelt werden und gleichzeitig würde man so verhindern, dass andere technische Arbeitsplätze abwandern in andere Regionen, in denen dann eben die Künstliche Intelligenz vorrangig gefördert wird. Vor diesem Hintergrund glauben wir, dass dieses Projekt sehr gut ist. Wir sind froh, dass die Verwaltung in der kurzen Zeit diesen ganzen Antrag mit den vielen Absprachen mit den Partnern so weit gebracht hat und wir wünschen der Verwaltung und uns allen viel Erfolg bei diesem Projekt.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): In dem ja doch sehr einheitlichen, bedingungslosen und teilweise flammenden Plädoyer für diese Bewerbung möchte ich jetzt an der Stelle eher einen verhaltenen Blick auf diese Thematik geben.

Ja, KI ist ein Thema, womit sich die Wirtschaftsförderung und die Gesellschaft beschäftigen müssen, weil es große Potentiale birgt. Es kann teilweise drastische positive Auswirkungen haben, wenn Menschen von arbeitsintensiven Aufgaben befreit werden, wenn die Industrien automatisiert werden, wenn Autos autonom fahren und vieles andere. Tatsächlich überrascht es mich, anscheinend haben viele was beruflich mit KI zu tun. Ich habe heute Morgen auch ein Projekt zu KI gehabt, zur Optimierung von Industrieanlagen. Also, ich bin auch nicht völlig blank über das, was ich jetzt gerade spreche, aber als Teil zur KI gehören auch die Schattenseiten dazu, nämlich, dass Arbeitsplätze reduziert werden können, wenn Maschinen diese Aufgaben übernehmen oder wenn KI auch für militärische Zwecke genutzt wird. KI ist also weder das Allheilmittel, noch der Untergang der Gesellschaft, aber sie muss zum Wohle der Gesellschaft letztendlich gestaltet werden. Deshalb birgt diese Bewerbung der Stadt einige Chancen, aber auch einige Risiken. Und deshalb wollte ich jetzt an der Stelle andere Themen in den Fokus nehmen. Denn für uns als LINKE fehlen dann doch in diesem Zeitpunkt der Bewerbung einige Aspekte, die uns dazu führen, nicht vorbehaltlos heute ja sagen zu können, auch nach der Debatte im Hauptausschuss. Denn wir wollen weiterhin, dass die Vergabe an Flächen und weiteren Fördermitteln an Unternehmen an der Einhaltung von sozialen Kriterien erfolgt, so wie wir sie bisher in der Wirtschaftsförderung an die Unternehmen anlegen. Wir wollen, dass eine enge

demokratische Kontrolle durch den Gemeinderat sichergestellt wird und wir wollen letztendlich, dass an einer ausschließlich friedlichen Nutzung von KI hier in Karlsruhe geforscht wird.

Wenn wir uns mal anschauen, wie z. B. in Tübingen Amazon sich beteiligt am Cyber Valley, an der KI-Forschung, dann sehen wir dort enormen Protest, und das ist durchaus verständlich. Wir haben die Rolle von Amazon hier durchaus öfters thematisiert, weil der Einzelhandel kaputtgemacht wird und wenn wir über schwierige Arbeitsbedingungen und vieles andere sprechen. Deshalb muss ich schon sagen, ich will nicht Arbeitsplätze um jeden Preis haben. Ich will nicht Unternehmen wie Amazon hier haben, denn ich will, dass die sozialen Kriterien wie die Tarifbindung hier berücksichtigt werden. Ich will auch, dass die Wirtschaftsförderung eine aktive Rolle einnimmt und der Ausschuss für Wirtschaftsförderung in der Ansiedlung von Unternehmen sicherstellt und nur Unternehmen hier ansiedelt, die im Interesse der Stadt sind.

Ich will auch nicht, dass KI-Forschung für militärische Zwecke hier gemacht wird. Bei uns gilt weiterhin, dass Karlsruhe keine Beteiligung für militärische Zwecke leistet. Und deshalb bleibt es dabei, wir wollen genau diese Fragen zeitnah von der Verwaltung beantwortet wissen. Und nur, wenn wir sehen, dass diese Kriterien angelegt werden, wenn wir keine militärische Forschung hier haben, wenn die demokratische Kontrolle durch den Gemeinderat möglichst stark sichergestellt wird, nur dann kann das eine erfolgreiche Bewerbung werden. Nur dann kann KI im Sinne der Allgemeinheit gestaltet werden, im Sinne, dass wir hier zusätzliche Arbeitsplätze und einen positiven Wirtschaftsstandort in Karlsruhe sicherstellen. Anders werden wir sonst die negativen Auswirkungen von KI erforschen oder umsetzen und das wollen wir als LINKE. hier nicht.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): So ganz genau, weiß es ja keiner, ob das was wird. Also, wir können davon ausgehen, dass dies ein sehr gutes Projekt ist. Wir können davon ausgehen, dass da innovative Projekte nach vorne gebracht werden. Aber wir können nicht sagen, ob es tatsächlich die Frucht bringt. Die gegenwärtige Krise lehrt uns, dass wir sehr demütig sein müssen, wenn wir solche Dinge angehen.

Lasst uns das einfach mal prüfen. Das erste Prüfkriterium für mich ist, passt es zu unserer Stadt? Karlsruhe ist innovativ, Karlsruhe ist eine Stadt, die immer neue Dinge hervorgebracht hat, dazu passt es. Das Zweite, was ich stark finde, dass wir mit Stuttgart und Tübingen zusammen was machen. Weil es geht tatsächlich nicht um Karlsruhe, es geht um Baden-Württemberg. Es geht darum, dass wir gemeinsam was auf die Beine stellen, was größere Auswirkungen hat, also nur für unsere Stadt. Es bedeutet, hier nicht nur an uns zu denken, sondern auch darüber hinaus zu denken. Deswegen finde ich es schon ausgezeichnet.

Ich gebe Herrn Bimmerle in manchen Teilen sehr recht. Wir müssen über die ethischen Konsequenzen von KI nachdenken und wenn das noch begleitend dazu kommt, dann kann es sein, dass es an vielen Stellen verunglückt, dass Effekte vorkommen, mit denen wir noch gar nicht rechnen. Wir wissen, dass jede innovative Idee eine negative Schattenseite mit hervorbringt. Und deswegen ist es für mich auch ein Grund und für uns als Fraktion eine Grundbedingung, dass eine gute Begleitung dabei ist.

Die Erwartungen, glaube ich, dürfen wir auch nicht so hoch schrauben. Sehen Sie, wir investieren jetzt 60 Millionen über 10 Jahre. Das Land Baden-Württemberg investiert oder gibt 50 Millionen dazu. Das sind 110 Millionen. Was ist das im Vergleich zu dem, was wir für andere Pro-

jekte ausgeben? Also, eine richtige Investition müsste eigentlich noch mal ganz deutlicher und markanter ausfallen, auch von der Summe, die wir hier einbringen. Von der Seite her, ich glaube, dass das genau richtig ist. In schlechten Zeiten, in Krisenzeiten müssen wir an der richtigen Stelle investieren. Davon sind wir überzeugt. Aber, wie gesagt, lasst uns demütig sein und das Ding so angehen, dass es gut sich entwickeln kann. Aber die Schattenseiten müssen wir gleich mitbedenken.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich glaube, es sind noch viele Probleme angesprochen worden, die auch allesamt zu lösen sind. Sicherlich aber nicht alle von der kommunalen Ebene und die wir auch nicht über die Verteilung von Grundstücken alleine klären können. Dennoch bleibt ja gerade, zumindest mal für ein Drittel des Gesamtprojektes, die Verantwortung bei uns. Denn wir machen auf dem Technologieparkgelände ja etwas und inwieweit das dann über das bisherige Maß hinaus mit der Wirtschaftsförderung, auch mit Ihnen abgestimmt wird, da können wir uns gerne noch mal drüber unterhalten.

Wichtig ist aber vor allem auch die Ambition, dass das Land Baden-Württemberg gerade durch diesen KI-Park Wettbewerb und auch Cyber Valley und anderes, sich ja auch zum Ziel gesetzt hat, insgesamt eine europäische Lösung und eine europäische Entwicklung herbeizuführen. Weil wir wissen alle, mit welchen Grundannahmen und mit welchen Grundnutzungen man in anderen Teilen der Welt KI anwendet und genau das ist nicht der Weg der europäischen Kultur und auch der europäischen Demokratie. Und deswegen geht es hier an der Stelle durchaus um solche Themen. Ich bin mir auch sicher, dass die Nähe des Instituts für Technikfolgenabschätzung und auch der ganzen anderen ethischen Fragestellungen, vor allem auch der rechtlichen Fragestellung, die wir übrigens ja auch bei unserer großen Veranstaltung des Karlsruher Forums für Kulturrecht und Technik gerade im letzten Herbst aufgeworfen haben, hier ihren besonders guten Platz finden, weil wir hier entsprechende Fachleute auch für diese Bereiche haben.

Jetzt ist mehrfach diese Summe 60 Millionen genannt worden und deswegen würde ich einfach auch vor allem fürs Protokoll noch mal bitten, Frau Erste Bürgermeisterin, dass wir das Thema Finanzierung kurz umreißen, damit da keine falschen Eindrücke entstehen.

Erste Bürgermeisterin: Das Land gibt eine Fördersumme bis zu 50 Millionen nach Abzug von Eigenkosten geht das Ministerium von 47,5 Millionen Euro aus, die als Finanzierungsmittel, also als Fond seitens des Landes, zur Verfügung gestellt werden.

In gleicher Höhe erwartet sie dann eine Co-Finanzierung der entsprechenden Partner. 47,5 durch drei geteilt, weil wir uns ja mit drei Regionen, Gebietskörperschaften beteiligen, bedeutet, dass Karlsruhe 15,8 Millionen an Eigenfinanzierungsmittel einbringen muss. Und diese 15,8 Millionen Euro werden wir durch unsere Grundstücke einbringen. Also, wir werden keine Liquidität einbringen, sondern unsere Eigenfinanzierung sind die Grundstücke im Technologiepark.

Um das Projekt umzusetzen, sind natürlich Gebäude zu bauen. Und da gehen wir aus von, bei einer Realisierung von 160.000 m² Bruttogeschosshöhe, dass das 600 Millionen kosten wird. Und dieser Invest in diese Gebäude, auf 10 Jahre verteilt, bedeutet ein Invest von 60 Millionen pro Jahr. Innerhalb dieser 10 Jahre.

Diese 60 Millionen würden dann über eine Kapitalaufnahme in der noch zu gründenden Gesellschaft pro Jahr auf dem Markt finanziert. Wir gehen davon aus, bis zu 90 % und davon 10 %

über Eigenkapitalanteile, die wir als Stadt einbringen werden. Und dann kostet das aus dem städtischen Haushalt noch diese Million zusätzlich pro Jahr, die wir für die Betreuung für den Betrieb dieser Gesellschaft benötigen. Das ist ja auch auf der ersten Seite dargestellt.

Also, es war mir noch mal wichtig. Es geht nicht darum, dass wir 60 Millionen pro Jahr aus dem Haushalt finanzieren, sondern wir bringen ein die Grundstücke, das ist natürlich auch Geld. Also, das ist ja Eigentum, was wir dann in die Gesellschaft einbringen. Wir würden auf dem Kapitalmarkt Darlehen aufnehmen, um diese Gebäude zu realisieren. Da haben wir gute Erfahrungen im Bereich Kreativpark und wissen, was in dem Bereich machbar und auch realisierbar ist, zu welchen Preisen. Und das Dritte ist, dass wir aus dem städtischen Haushalt für den Betrieb dieser Tochtergesellschaft, das muss ja betreut werden, das ist ja dargestellt, wie viel Personal für die Start-ups dann zur Verfügung gestellt werden müssen und für die Akquise und fürs Marketing, eine Million pro Jahr aus dem städtischen Haushalt in diese Gesellschaft transportieren würden.

Der Vorsitzende: Und wir würden die Investition in die Gebäude refinanzieren über die Mieteinnahmen, so, dass das auch refinanzierbar ist. Wir schaffen damit auch zusätzliches Vermögen, das auch an Wert gewinnt. Und wir werden in verschiedenen Bauabschnitten immer nur dann bauen, wenn wir sicher sind, dass wir einen Mindestgrad an Belegung schon sozusagen unter Dach und Fach haben, so ähnlich wie Sie das von anderen Investitionsprojekten auch kennen.

Das ist mir an der Stelle als Bedingung auch ganz wichtig gewesen. Wir klotzen jetzt nicht hier 600 Millionen raus und am Ende wundern wir uns, dass alles leer steht. Das kann sicherlich nicht die Lösung an der Stelle sein.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung und ich bitte Sie um Ihr Votum -das ist Einstimmigkeit, das ist ja sensationell, bei einigen Enthaltungen.

Ich darf auch Dank aussprechen sowohl an die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung Karlsruhe aber auch mit Partnern wie FZI, Cyber Forum und vielen anderen mehr, hier vor Ort. Was aber, glaube ich, noch faszinierender ist, dass man auch noch die anderen Gebietskörperschaften und deren Vertreter alle in einen gemeinsamen Antrag gebracht hat. Und wenn Sie wissen, dass die ersten Rahmenbedingungen erst Anfang Dezember überhaupt verkündet worden sind, die einzuhalten waren - da ist auch mal eben die Summe für den KI-Park von 50 Hektar auf 15 Hektar zusammengeschmolzen worden -, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, was da los war und auch welches Vertrauen da füreinander existiert. Denn es ist ja klar, dieser Antrag funktioniert nur, wenn jetzt alle Partner auch den Antrag entsprechend umgesetzt kriegen in ihren Gremien und auch danach natürlich in der Umsetzung. Ich weiß nicht, ob es jemals in so kurzer Zeit eine so verbindliche Zusammenarbeit zwischen so verschiedenen Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und vor allem Gebietskörperschaften gegeben hat. Das finde ich schon bemerkenswert und bitte einfach, dass man den Dank an alle Beteiligten ausspricht.

Jetzt nehmen wir wahr, dass die Luft zunehmen ein bisschen stickig wird und ich würde Ihnen deswegen vorschlagen, dass wir eine Viertelstunde unterbrechen. Möchte Ihnen noch mal nahelegen, jetzt in der Pause, die Maskenpflicht sehr ernst zu nehmen und möchte Sie auch bitten, in der zweiten Hälfte der Sitzung heute, die aus meiner Sicht etwas kürzer sein könnte als die erste, dass wir da noch mal an die Empfehlung erinnern, dass Sie auch, wenn Sie nicht spre-

chen, die Maske einfach auf lassen, auch an Ihren Plätzen. Wir müssen die Corona-Verordnung noch mal auswerten, ob das nicht ein Stückweit sowieso mittlerweile eine gewisse Verpflichtung beinhaltet, da hat sich ja was verändert. Das würden wir Ihnen die nächsten Tage noch zuleiten. Ich möchte zunächst einfach nur die Empfehlung wiederholen, die wir hier ja schon mehrfach ausgesprochen hatten.

Dann treffen wir uns um fünf vor halb hier wieder und gucken, dass wir die Sitzung dann zügig zum Abschluss bringen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Februar 2021